



Inhalt

| | |
|---------|------------------------|
| Seite 1 | Der Deutschlandpakt |
| Seite 1 | Feigheit vor dem Volk? |
| Seite 2 | König Matthias |
| Seite 2 | Landtagshandbuch |
| Seite 2 | Sozis im Wahlkampf |
| Seite 3 | Stalin freut sich |
| Seite 3 | Lied der Deutschen |
| Seite 4 | Unsere Volksvertreter |

Aufgespießt

Feigheit vor dem Volk?

Traditionell haben die Landtagsabgeordneten in der „Fragestunde“ die Möglichkeit, „Mündliche Anfragen“ an die Landesregierung zu stellen, die dann vom zuständigen Regierungsmitglied mündlich zu beantworten sind.

In der Fragestunde am 9. Juni gab es Anfragen an den Ministerpräsidenten, auf deren Beantwortung durch Matthias Platzeck die Öffentlichkeit sehr gespannt war.

Dummerweise zog sich Herr Platzeck gerade rechtzeitig eine Sportverletzung zu, so dass er zur Beantwortung der Fragen krankheitsbedingt nicht zur Verfügung stand. Unfall ist Unfall, das kann jedem passieren, doch der Zeitpunkt dieses Unfalls kam dem Herrn Ministerpräsidenten sicherlich nicht ungelegen.

Normalerweise vertritt der Chef der Staatskanzlei den Ministerpräsidenten in solchen Fällen. Doch auch Staatssekretär Clemens Appel war zufällig ebenfalls verhindert.

So musste dann der Dritte in der Reihe, der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Jörg Schönbohm ans Mikrofon treten und sich den bohrenden und teilweise polemischen Fragen stellen, um für seinen Ministerpräsidenten die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen.

War es wirklich Matthias Platzeck, der vor gar nicht allzulanger Zeit verkündete, er wolle „mit dem Gesicht zum Volke“ regieren?

Der Deutschlandpakt

Eine Klarstellung und ein Aufruf

Wenn Sie diese Zeitung lesen, wissen Sie bereits, ob Gerhard Schröder wirklich die Vertrauensfrage gestellt hat, ob er sie verloren hat, ob der Bundespräsident das akzeptiert hat und ob es im Herbst 2005 Neuwahlen zum Bundestag geben wird.

Egal, ob in diesem oder im nächsten Jahr: Die Deutsche Volksunion (DVU) wird nicht an den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag teilnehmen.



Sigmar-Peter Schuldt MdL
(DVU-Landesvorsitzender)

Die DVU hat mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) den *Deutschlandpakt* geschlossen, dem sich inzwischen andere Parteien angeschlossen haben. Die Wahlerfolge vom vergangenen Jahr in Sachsen und hier bei uns in Brandenburg waren mit auf Wahlabreden zwischen DVU und NPD zurückzuführen.

Eine Bestimmung dieses *Deutschlandpaktes* lautet, dass an der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag die NPD teilnimmt, eine weitere, dass Kandidaten der DVU auf den Listen der NPD antreten.

Die Chancen stehen gut, dass durch diesen *Deutschlandpakt* nach mehreren Jahrzehnten endlich wieder pro-deutsche Kräfte in die bundesdeutsche Volksvertretung einziehen. Für die Zukunft unseres Vaterlandes wäre das ein Segen und genau aus diesem Grund gibt es den *Deutschlandpakt*.

Denn auch, wenn in der Öffentlichkeit gerne und immer wieder etwas anderes behauptet wird: Es geht um eine strategische Zusammenarbeit, um ein Wahlbündnis, und nicht darum, DVU und NPD zu verschmelzen.

Solch ein Wahlbündnis ist auch nichts ungewöhnliches. Ein entsprechendes Abkommen besteht seit Jahrzehnten zwischen CDU und CSU. Die CDU nimmt in Bayern nicht an Wahlen teil und die CSU nicht außerhalb Bayerns. Im Bundestag bilden die Abgeordneten beider Parteien eine gemeinsame Fraktion.

Der *Deutschlandpakt* ist ein reines Wahlbündnis. NPD und DVU sind *keine* „Schwesterparteien“, sondern zwei Parteien, die miteinander im Wettbewerb stehen. Es gibt punktuelle Zusammenarbeit und Gespräche, wie bei anderen demokratischen Parteien auch. Aber es sind unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Programmen, unterschiedlichen politischen Vorstellungen. Wer die Arbeit unserer Fraktion im Landtag Brandenburg aufmerksam beobachtet hat, der weiß das. Wir wollen ein lebenswertes und zukunftsfähiges Brandenburg in einem selbstbewussten, demokratischen, wirtschaftlich gesunden und sozial gerechten Deutschland in einem starken Europa freier Völker. Deswegen wollen wir mit dem *Deutschlandpakt* in den Bundestag, und dafür benötigen wir Ihre Unterstützung.

Kommen Sie zu uns! Helfen Sie uns in Brandenburg und im Deutschlandpakt!

Wird König Matthias endlich schlau?

DVU begrüßt „Neue Verschwiegenheit“ der Landesregierung, kritisiert aber Platzecks Verhalten

„Die DVU-Fraktion begrüßt es sehr, wenn die Landesregierung künftig wichtige Projekte erst unter Dach und Fach bringt, bevor sie sich öffentlich dafür bejubeln lässt“.

Die Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth reagierte mit obiger Äußerung auf die Antwort, die der stellvertretende Ministerpräsident Jörg Schönbohm am 9. Juni in Vertretung des Ministerpräsidenten und des Chefs der Staatskanzlei auf eine parlamentarische Anfrage gegeben hatte.

Interne Verwaltungsrunden statt öffentlicher Diskussionen

Er hatte erläutert, warum die „Standortentwicklungskonferenzen“ der Landesregierung zur Landesentwicklungsplanung „Zentrale Orte System“ als interne Verwaltungsrunden stattfinden, an denen auch Gewerkschaften, Kammern und Tourismusverbände teilnehmen. In die öffentliche Kritik war die Regierung geraten, weil nicht nur Landtagsabgeordnete nicht zu diesen Konferenzen eingeladen sondern sogar einzelne Landtagsabgeordnete an der Teilnahme gehindert worden waren.

Neue Verschwiegenheit ...

Liane Hesselbarth erklärte weiter: *„Die Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jörg Schönbohm, dass die Landesregierung zuerst in Ruhe mit Planungsgemeinschaften und Verbänden sprechen will, erscheint uns einleuchtend. Hätten Platzeck und Co. das von Anfang an so gehandhabt, statt zuerst in die Öffentlichkeit zu gehen, wäre Brandenburg viel teurer Ärger erspart geblieben. Wir hoffen, dass die Regierung das Parlament dennoch rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einbindet.“*

... statt Geschwätzigkeit

In der Vergangenheit hatte die brandenburgische Landesregierung mehrfach öffentlich große Erfolge bejubelt, die dann, nicht selten gerade wegen des verfrühten Jubels, nicht eingetreten sind. Das markanteste Beispiel dürfte das Desaster um die Chip-Fabrik in Frankfurt sein.

Auch die großspurige Verkündung von Matthias Platzecks „Neuem Leitbild für Brandenburg“ hat viel Schaden angerich-

tet und ganze Regionen unseres Landes in Angst versetzt. Dies wäre unterblieben, wenn es zuerst solche „Standortentwicklungskonferenzen“ gegeben hätte, um gemeinsam mit den Betroffenen Leitlinien für eine neue Förderpolitik zu entwickeln.

Allerdings wären wir dann um das zweifelhafte Vergnügen gekommen, Platzecks „großen Wurf“ (Stichwort: *Brandenburgs Zukunft liegt in der Metropolenregion*) kennenzulernen. Es ist nicht die erste „Vision“ eines SPD-Politikers, welche die Konfrontation mit der Realität nicht überlebt hat und wird sicherlich nicht die letzte sein.

Antiparlamentarisches Verhalten

Auch, wenn die DVU-Fraktion der Ansicht ist, die Landesregierung müsse nicht mit jeder Kleinigkeit an die Öffentlichkeit gehen, so sieht sie doch keine Rechtfertigung für das Verhalten des Ministerpräsidenten.

Es ist eine wichtige Aufgabe des Parlamentes, die Regierung und ihre Organe zu kontrollieren. Selbst die Arbeit der Geheimdienste, die naturgemäß geheim ist, unterliegt einer eingeschränkten Kontrolle durch die „Parlamentarische Kontrollkommission“.

Keine Rechtfertigung

Eine Regierung, die Parlamentsmitglieder aktiv daran hindert, ihre Kontrollaufgabe wahrzunehmen, setzt sich automatisch ins Unrecht. Denn warum sollte sie so handeln, wenn sie nichts zu verbergen hat?

Und die Rechtfertigung, die Abgeordneten würden in den zuständigen Ausschüssen informiert? Dieses Argument wäre ein gutes, wenn die Landesregierung die zuständigen Landtagsausschüsse bereits informiert hätte. Hat sie aber nicht.

Landtagshandbuch kastriert

Der Landtag Brandenburg gibt regelmäßig ein kleines Büchlein mit dem Titel „Landtag Brandenburg Namen - Daten - Fakten“ heraus.

Klein und praktisch

In diesem Handbuch waren bisher Informationen über den Landtag, wichtige Institutionen, die Fraktionen und die Abgeordneten sowie mehrere für das Funktionieren des Landtages und unsere Demokratie wichtige Gesetzestexte enthalten. Besucher des Landtages erhalten das Buch als Geschenk.

Roter Wälzer

Anfang Juni erhielten die Abgeordneten und Beschäftigten im Landtag einen umfangreichen roten Ordner „Amtliches Handbuch des Landtages Brandenburg“. Dieses praktische Werk enthält einen ganzen Haufen Gesetzestexte, beispielsweise die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages, Informationen über den Landtag, die Landesregierung, wichtige Institutionen, die Fraktionen und die Abgeordneten.

Keine Gesetze mehr

Für die „normalen“ Bürger gibt es auch in der neuen Wahlperiode das kleine Handbuch mit sehr ähnlichen Informationen. Wirklich auffällig ist nur, dass *kein einziger* Gesetzestext mehr zu finden ist. Die Landesverfassung, die Geschäftsordnung, das Landeswahlgesetz, das Abgeordnetengesetz, das Fraktionsgesetz, das Volksabstimmungsgesetz, das Petitionsgesetz und das Untersuchungsausschussgesetz fehlen.

Ist wirklich ein Schelm, wer Arges dabei denkt, wenn der Präsident der Volksvertretung es nicht mehr für nötig hält, interessierten Bürgern und Wählern diese wichtigen Grundlagen für das Mitwirken in einer demokratischen Gesellschaft in einer handlichen Zusammenfassung zur Verfügung zu stellen?

Impressum

„National-Freiheitliche Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“ (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird als Informationsschrift für die Bürger Brandenburgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth MdL bzw. der namentlich zeichnende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.
Erscheinungsweise: nach Bedarf
Anschrift:
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,
Info@dvu-fraktion-brandenburg.de

Sozis plötzlich gegen Kapitalismus und Hartz IV

Stalin hätte sich gefreut

Im Wahlkampf gilt: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern?“

Schon im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen durften sich die Bundesbürger über die plötzliche Heuschrecken-Kapitalismus-Kritik der SPD wundern. Genutzt hat es ihnen nicht, aber da ihnen nichts Besseres einfällt ...

Wenn „Superminister“ Clement plötzlich Lohnerhöhungen fordert, weiß man, daß der Wahlkampf begonnen hat. Vorbei sind all die Apelle zum Maßhalten, verschwunden sind die Aufforderungen an die Arbeitnehmer, Lohnzurückhaltung zu üben, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.



Liane Hesselbarth Mdl

Und auch an ihre „heiligen Kühe“ trauen sich die Sozialdemokraten plötzlich heran. Sogar in Brandenburg wird in der SPD Unmut über die grandiose Hartz-IV-Reform - medienwirksam - laut. Was man bisher der ehemaligen PDS-Abgeordneten Dr. Esther Schröder überließ, die Kritik an den offensichtlichen gravierenden Mängeln dieser Reform, soll anscheinend ein Wahlkampf-schlagwerd werden.

Nun, vielleicht orientiert sich ja die brandenburgische SPD an dem alten Motto „Von der DVU lernen heißt siegen lernen“?

Der Aufhänger für die Kritik ist die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf das Arbeitslosengeld. Die Sozis tun ganz überrascht, dass diese von ihnen durchgesetzte Regelung für alle Arbeitslosen gilt. Sie betrifft auch die - in Brandenburg nicht wenigen - Arbeitslosen, die ehrenamtlich als Abgeordnete in Gemeindevertretungen, Kreistagen usw. tätig sind.

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Britta Stark, verkündet, dass ihre Fraktion das ablehnt.

„Es ist bedauerlich“, so die DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth, „dass sich die Sozialdemokraten immer erst hinterher die Gedanken machen, die sie sich eigentlich vor wichtigen Entscheidungen machen müssten.“

Lied der Deutschen ein Eklat?

In Brandenburg ist alles anders

Politische und kulturelle Bildung tut Not in Brandenburg, auch und gerade für Abgeordnete und Rundfunkjournalisten. Dies wurde Mitte Juni in Nunsdorf im Landkreis Teltow-Fläming in empörender Weise deutlich.

Bei der Ehrung der Sieger der Deutschen Meisterschaften der Vierspanner sollte die Nationalhymne gespielt werden. Dummerweise kannten sich die Veranstalter wohl weder mit der deutschen Geschichte noch mit deutschem Liedgut sonderlich gut aus. Deswegen wurde versehentlich eine vollständige Version des „Liedes der Deutschen“ abgespielt und nicht nur die dritte

Strophe, welche die offizielle Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist. Statt über den Fehler zu lachen, dieses wunderschöne patriotische Lied mitzusingen und dann bei der dritten Strophe aufzustehen und gemeinsam „Einigkeit und Recht und Freiheit“ anzustimmen, produzierten die anwesenden Prominenten „blankes Entsetzen“ und einen „Eklat“.

Es gab Pfiffe und Buhrufe. Ein tobender SPD-Bundestagsabgeordneter stoppte die Abspiegelung. Der rbb behauptete gar, die erste Strophe des Liedes sei verboten. Manchmal muss man sich schämen, Brandenburger zu sein.

Der sowjetische Diktator Stalin rief in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts den Antifaschismus als kommunistische Methode ins Leben, die westlichen Demokratien zu bekämpfen.

Unterwandern zum Zerstören

Die hinterhältige Methode der Kommunisten war, sich den Demokraten als Unterstützer gegen die antidemokratischen „Faschisten“ anzudienen, um so hoffähig zu werden. Damals entstanden so an vielen Stellen in Europa antifaschistische Bündnisse, mit denen die Demokraten den antidemokratischen Kommunisten Einflussmöglichkeiten gaben, die sie allein nie erreicht hätten.

Ihr wahres Gesicht zeigten die Kommunisten, als sie den ursprünglich weder stalinistischen noch kommunistischen Antifaschismus z.B. gegen die „Sozialfaschisten“ der demokratischen SPD richteten. Nach 1945 wurden viele Sozialdemokraten in Brandenburg Opfer der roten Unterdrücker.

Der Schoß ist fruchtbar noch

Heute, nur wenig mehr als ein Jahrzehnt nach dem Untergang des kommunistischen Imperiums, finden Stalins Gesinnungsgenossen immer wieder neue Vertreter demokratischer Parteien, die ihnen den Weg ebnen.

So brachte es der brandenburgische Landtagspräsident Gunter Fritsch fertig, am 9. Juni sein Amt dafür zu mißbrauchen, im Landtag für eine antifaschistische Demonstration zu werben. Gegen den Willen seines Koalitionspartners verlas der SPD-Mann den Aufruf zu einer Demonstration in Halbe.

Aus der Geschichte nichts gelernt

Waren es die mangelhaften Geschichtskennntnisse dieses SPD-Mannes, die ihn die Kritik ignorieren ließen? Leugnete er absichtlich die Unterstützung von erklärten linken antidemokratischen Verfassungsfeinden für diese Demo, weil ihm im Kampf gegen rechte antidemokratische Verfassungsfeinde jedes Mittel recht ist?

Und was hält die Brandenburger CDU-Führung davon ab, sich ausdrücklich gegen eine gemeinsame Teilnahme von CDU-Mitgliedern und roten Demokratiefreunden an dieser Demonstration auszusprechen?

Wahrlich, Stalin kann sich freuen, dass seine Strategie auch nach gut 80 Jahren noch erfolgreich ist.

Die Volksvertreter der Deutschen Volksunion im Landtag Brandenburg

Liane Hesselbarth (Fraktionsvorsitzende) ist regional zuständig für die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie für die kreisfreie Stadt Cottbus. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung und vertritt die Fraktion im Landtagspräsidium, im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss für Haushalt und Finanzen.

Bürgerbüros: 1. Berliner Straße 20a, 03238 Finsterwalde, Tel.: 03531 719906, Fax.: 03531 719907
2. Ernst-Thälmann-Str. 92 in 15374 Müncheberg, Tel.+Fax.: 033432 91950

Sigmar-Peter Schuldt (Parlamentarischer Geschäftsführer) ist regional zuständig für den Landkreis Potsdam-Mittelmark sowie für die kreisfreie Stadt Brandenburg/Havel und die kreisfreie und Landeshauptstadt Potsdam. Er vertritt die Fraktion im Haupt-, im Rechts- und im Richterwahlausschuss sowie im Wahlprüfungsausschuss. Außerdem ist er DVU-Landesvorsitzender.

Bürgerbüro: Adolf-Damaschke-Str.60, 14542 Werder/Havel, Tel.: 03327 572680, Fax.: 03327 572681

Norbert Schulze (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) ist regional zuständig für die Landkreise Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Märkisch Oderland sowie für die kreisfreie Stadt Frankfurt/Oder. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz.

Bürgerbüro: Markt 16/17, 15344 Strausberg, Tel.: 03341 49 54 10, Fax.: 03341 49 54 11

Michael Claus (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) ist regional zuständig für die Landkreise Barnim, Oberhavel und Uckermark. Er vertritt die Fraktion im Innenausschuss und im Ausschuss für Haushaltskontrolle.

Bürgerbüro: Rosa-Luxemburg-Str.55, 16727 Velten, Tel./Fax.: 03304 521191

Birgit Fechner ist regional zuständig für die Landkreise Havelland und Teltow-Fläming. Sie vertritt die Fraktion im Petitionsausschuss sowie in den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport und für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.

Bürgerbüro: Mühlentorstr. 37, 14770 Brandenburg, Tel.: 03381 212424, Fax.: 03381 796668

Markus Nonninger ist regional zuständig für die Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Prignitz. Er vertritt die Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik.

Bürgerbüro: Berliner Str. 32, 16766 Kremmen, Tel.: 033055 22188, Fax.: 033055 22190

Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial.
- Ich möchte die Fraktions-Nachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.

Name _____ Vorname _____ Landkreis / kreisfreie Stadt _____

Straße _____ PLZ _____ Ort _____

(35)Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam